

Newsletter 4/2022

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

wir möchten euch auf vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen in den nächsten Wochen hinweisen sowie über Vergangenes und längerfristige Projekte informieren.

Frieden

Montag, 18. April 2022

Ostermarsch

Der diesjährige Hamburger Ostermarsch steht unter dem Motto „Abrüsten statt aufrüsten! Entspannungspolitik statt Kriegsvorbereitung!“. Attac Hamburg unterstützt mit vielen anderen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen den Aufruf des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung.

Wir stehen vor großen weltweiten Herausforderungen: Kriege, Pandemien, Klimakrise, Hungersnöte, wachsende soziale Spaltung, Vermüllung von Land und Meeren, Artensterben. Viele Landstriche bieten keine Lebensperspektive mehr, sodass Millionen Menschen zur Flucht gezwungen sind ... Deutschland ist keine Insel der Seligen, sondern mitverantwortlich und ebenfalls betroffen.

Die neoliberale Politik der bisherigen Bundesregierungen hat die genannten Probleme im Interesse multinationaler Konzerne und des militärisch-industriellen Komplexes mitverursacht. Auch die neue Bundesregierung bietet keine nachhaltigen Lösungen an. Im Kampf um Einflusssphären verschärfen die NATO-Staaten unter Führung der USA die Konfrontation mit Russland und China; Menschenrechte werden instrumentalisiert, um Feindbilder aufzubauen. Weltweite Kriegseinsätze schaffen weder Sicherheit noch sozial gerechte Verhältnisse. So hat der Afghanistaneinsatz weit über 200.000 Menschenleben gekostet – überwiegend Zivilisten – und das Land nachhaltig zerstört. Rüstungsexporte (aus Deutschland im vergangenen Jahr für € 9,3 Milliarden; ca. drei Container täglich über den Hamburger Hafen) heizen internationale Spannungen und Konflikte an.

Mit dem Ostermarsch werben wir für eine andere Politik! Globale Probleme lassen sich nur mit Verhandlungen, internationalen Verträgen und durch

abgestimmtes Handeln bewältigen. Grundbedingung für eine neue Politik ist es, zur Entspannungspolitik zurückzukehren und nicht mehr Abermilliarden für Rüstung auszugeben.

[Weiterlesen](#)

Auftakt: 13 Uhr, Reeperbahn (Spielbudenplatz), 20359 Hamburg

Abschluss: 15 Uhr, Fischmarkt, 22767 Hamburg

[Weitere Informationen](#)

Friedensfest auf dem Hamburger Fischmarkt

Die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen, die auch von Attac Hamburg unterstützt wird, plant für **Samstag, den 23. April 2022**, ein ganztägiges **Friedensfest** und sucht Gruppen und Personen, sich mit kulturellen oder politischen Beiträgen beteiligen wollen. Kontaktaufnahme per E-Mail an kontakt@ziviler-hafen.de oder unter der Telefonnummer 0174 8284581.

Weitere Informationen werden rechtzeitig auf der Website der [Volksinitiative](#) und der Website von [Attac Hamburg](#) zu finden sein.

Gesundheit

Der AG Gesundheit von Attac Hamburg wird von verschiedenen Seiten, unter anderem vom Hamburger Bündnis gegen Rechts und vom Koordinierungskreis von Attac Deutschland, eine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen vorgeworfen. Ausgangspunkt ist die Teilnahme der AG an einer Kundgebung (Rathausdemo), die am 5. Februar 2022 unter dem Motto „Wir wollen alle wieder tanzen gehen! Wir sind bunt und nicht braun“ in Hamburg auf dem Jungfernstieg stattfand. Die AG Gesundheit weist solche Vorwürfe zurück und verweist auf verschiedene Erklärungen dazu, die auf der Website von Attac Hamburg zu finden sind.

Stellungnahme der AG Gesundheit zur Kundgebung ([Rathausdemo](#)) am 5. Februar 2022

Wir bedauern, dass wir auf der Kundgebung am 5. Februar 2022, zu der wir eingeladen worden waren, die Teilnahme von Personen aus dem rechtsradikalen Spektrum – unter anderem der AfD – nicht wahrgenommen haben. Für zukünftige Aktionen bedanken wir uns im Voraus bei den Menschen, die den jeweiligen Organisator*innen beim Erkennen solcher Personen behilflich sein können.

Eine *Zusammenarbeit* der AG Gesundheit mit Rechtsextremen fand nicht statt und wird von uns abgelehnt.

Eine Abgrenzung gegen rechts wollen wir zukünftig durch ein Statement und vor allem durch politische Inhalte und Aktionen vornehmen. Wir werden uns innerhalb und außerhalb von Attac dafür einsetzen, dass im Rahmen politischer Aktivitäten für das globale Recht „Gesundheit für alle“ rechte Positionen gründlich delegitimiert werden und solidarische Zielsetzungen deutlich werden. Wir freuen uns auf eine Mitarbeit in diesem Sinne.

Eine ausführliche Stellungnahme und Auswertung der Kundgebung sowie ein Ausblick auf künftige Aktivitäten sind auf der Seite [Gesundheit](#) von Attac Hamburg zu finden

Siehe auch [AG Gesundheit](#)

Redebeitrag der AG Gesundheit zur Rathausdemo am 2. April 2022

Am nächsten Donnerstag wird im Bundestag ein neuer Versuch gestartet, Demokratie abzubauen:

Im [Gesetzentwurf](#) für eine Pflicht zur dreimaligen Impfung ab 18, den über 200 Abgeordnete dem Bundestag zur Verabschiedung vorlegen, heißt es in § 20a („Immunitätsnachweis gegen COVID-19 für Erwachsene, Verordnungsermächtigung“) in Absatz 3: „Die zuständige Behörde kann ab dem 1. Oktober 2022 [...] von jeder Person verlangen, dass ihr ein amtlicher Lichtbildausweis sowie folgender Nachweis vorgelegt wird:

1. ein Impf- oder Genesenennachweis [...] oder
2. ein ärztliches Zeugnis [...].“

Zusätzlich soll jeder verpflichtet werden, seinen Impfstatus selber bei der eigenen Krankenversicherung zu melden. Ebenso im Gesetzentwurf für eine Impfpflicht ab 50 Jahren.

Dann würde die ganze BRD zu einer Zone verdachtsunabhängiger Personenkontrollen wie hier bei uns auf St. Pauli. Wenn also künftig die Polizei im öffentlichen Raum Kontrollstellen einrichtet, an denen man, um passieren zu dürfen und nicht bestraft zu werden, Ausweis und Impfpass vorzeigen muss, so ist das durch diesen Gesetzentwurf gedeckt. Der Zweck und Anlass wäre gleichgültig: Kontrolle des Impfstatus reicht immer zur Rechtfertigung. Bitte erinnert euch: Noch 2020 wurden alle, die vor dieser kommenden Impfpflicht warnten, Verschwörungstheoretiker genannt.

Die von mir genannten Gesetzentwürfe zur Impfpflicht haben keine wissenschaftliche Grundlage.

Ich zitiere aus der [Stellungnahme](#) der 81 Wissenschaftler, die bereits im Januar sieben Gründe gegen die Impfpflicht veröffentlicht hatten:

„Die **Geeignetheit** einer Impfpflicht ist **zweifelhaft**, weil die verfügbaren COVID-Impfstoffe keine ausreichende Immunität und damit keinen ausreichenden Fremdschutz erzeugen:

a) Nach wenigen Wochen hat die Impfung nicht nur keinen positiven Effekt mehr auf die Wahrscheinlichkeit einer Infektion, sondern kann diese Wahrscheinlichkeit sogar erhöhen – wie aktuell Omikron zeigt [...];

b) Die Impfung hat nur einen geringen Effekt auf die Schwere der Erkrankung, der in kurzer Zeit abnimmt [...];

c) Menschen mit Impfung sind bei einer Infektion nicht weniger ansteckend als Personen ohne Impfung. Also kann die Impfung keine Infektionsketten unterbrechen [...].“

Insbesondere wenn Infektionserreger zu Mutationen neigen, wie im Fall der „klassischen“ Grippe und eben auch bei Covid-19, können Impfungen mitunter zu einem Lotteriespiel werden.

Auch sind schwere Nebenwirkungen verbreiteter als offiziell angegeben, der Bericht der Sendung [Plusminus vom 23. März 2022](#) hat es beeindruckend dargelegt.

Trotzdem werden diese Impfungen auch als das vorbeugende Heilmittel angepriesen. Dazu muss man wissen: Die Impfstoffe von Pfizer/BioNTech und Moderna bringen den Pharmakonzernen pro Sekunde 1000 Dollar Gewinn ([Oxfam.de](#), 16. November 2021).

Die Forschung von Medikamenten ist hingegen wenig unterstützt worden, es gibt jedoch jetzt eine medikamentöse Behandlung.

[Weiterlesen](#)

Donnerstag, 7. April 2022 **Weltgesundheitsstag**

Appell des [European Health Network](#)

7. April 2022: den Weltgesundheitsstag zum „Weltgesundheitsstag für die Bürger*innen“ machen

Die staatliche Politik, die in ganz Europa im Bereich der Gesundheit und der Sozialversicherung unter dem Diktat einer Verschuldung, die nicht unsere ist, verfolgt wird, hat zu kontinuierlichen und mittlerweile dramatischen Verschlechterungen geführt:

– massiver Bettenabbau in Krankenhäusern, Schließung von Stationen und Geburtskliniken, Abbau mancher Bereiche in den lokalen Krankenhäusern, Ärztemangel, Konzentration von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, verstärkte Privatisierung, Protokollierung aller Tätigkeiten im Gesundheits- und Sozialwesen im Rahmen einer Kommerzialisierung der Pflege und des

Sozialwesens, begleitet von einer Entmenschlichung der Beziehungen zwischen Nutzern und Beschäftigten, einer massiven Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Krankenhäusern, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen und daraus folgenden massiven Abgängen ...

- unzulässige und erniedrigende Praktiken der Isolation und Fixierung, die in der Psychiatrie, aber auch in Pflegeheimen und anderen Pflegebereichen immer häufiger vorkommen
- Zunahme der Selbstbeteiligung bei medizinischen Leistungen und der Pauschalen, die neue finanzielle Hürden beim Zugang zur Gesundheitsversorgung schafft
- extreme Schwächung der öffentlichen Krankenhäuser, des Gesundheits- und Sozialwesens, die durch die Pandemie offenkundig wurde
- Schwächung der Sozialversicherung, die bedroht ist, aber den multinationalen Pharma-, Gesundheits- oder E-Health-Konzernen horrenden Preise gezahlt hat

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, lehnen diese Politik ab, die dem Wohlergehen jeder und jedes Einzelnen zuwiderläuft, und betrachten das Gesundheits- und Sozialwesen als einen Reichtum, eine Investition im Dienste des Gemeinwohls, die die staatliche Politik vorrangig behandeln sollte.

Unsere Forderungen

- Gleichberechtigter Zugang zu Gesundheit für alle, ohne Einschränkungen finanzieller, geografischer, kultureller, geschlechtsspezifischer oder herkunftsbedingter Art
- Ein Gesundheitssystem, einen öffentlichen und gemeinnützigen medizinisch-sozialen und sozialen Sektor, bestehend aus medizinischer Grundversorgung, Prävention, Information, psychologischer und sozialer Betreuung, Beziehungspflege, Betreuung bei Autonomieverlust und Bekämpfung von Krankheitsursachen schon im Vorfeld
- Ein öffentlicher Krankenhausesektor, der den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und ortsnahe Versorgung gewährleistet
- Qualifizierte, respektierte und gut bezahlte Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialwesen in ausreichender Zahl, dem gemeinsam evaluierten Bedarf entsprechende Einstellungen und eine gleichmäßige Verteilung über das ganze Land
- Beendigung der Kürzungspolitik und Bereitstellung personeller, materieller und finanzieller Mittel entsprechend dem Bedarf
- Ausstattung der Psychiatrie mit ausreichenden Mitteln für die öffentliche Versorgung im Rahmen der institutionellen Psychotherapie

[Weiterlesen](#)

Aktivitäten in Hamburg

Die AG Gesundheit wird zusammen mit anderen Gruppen und Aktiven am **7. April 2022 zwischen 15 und 17 Uhr eine Aktion am U-Bahnhof Farmsen** durchführen. Das Motto lautet: Ein gesundes Leben für alle! Gesundheit ist keine Ware!

Klima

Der Braunkohletagebau schreitet voran - mit gerichtlicher Hilfe

Am 28. März 2022 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass der Konzern RWE den Ort Lützerath zerstören und der dort noch wohnende Landwirt Eckart Heukamp gewaltsam von seinem Hof vertrieben werden darf.

[Erklärung](#) von Attac Deutschland vom 29. März 2022

Urteil zu Lützerath ist ein Urteil gegen den Klimaschutz

Attac unterstützt Widerstand gegen rheinischen Braunkohletagebau

Es ist ein [Urteil](#) gegen den Klimaschutz: Das Oberverwaltungsgericht Münster gestattet dem Energiekonzern RWE, das Gelände des letzten verbliebenen Bauern in Lützerath vorzeitig in Besitz zu nehmen, obwohl dessen Klage gegen die Enteignung noch läuft. Große Teile des widerständigen Dorfs an der Grubenkante des Braunkohletagebaus Garzweiler II im Rheinland sind damit akut vom Abriss bedroht.

Klimapolitische Forderungen hätten im geltenden Recht keine Grundlage, begründete das Gericht am Montag seine Entscheidung. „Es ist ein Skandal, dass ein Gericht trotz Klimakatastrophe energiewirtschaftliche Gründe über klimapolitische stellt. Die Entscheidung für die Erweiterung des Tagebaus ist eine Entscheidung für die Profite von RWE“, sagt Emilio Weinberg, Mitglied im bundesweiten Attac-Rat und selbst in Lützerath aktiv. „Die angeblich gefährdete Versorgungssicherheit ist nur ein Vorwand, damit Energiekonzerne am klimaschädlichsten Energieträger der Welt festhalten können. Wir brauchen schnellstens den radikalen Umstieg auf erneuerbare Energien.“

Klar ist: Das weitere Abbaggern im rheinischen Braunkohlerevier beschleunigt die Klimakrise und ist ein weiterer Schlag gegen die notwendige sozial-ökologische Transformation der gesamten Wirtschaft. Der Kläger kündigte denn auch an, die rechtlichen Mittel gegen die Entscheidung auszuschöpfen. Emilio Weinberg: „Entscheidend bleibt der aktive, vielfältige Widerstand einschließlich direkter Aktionen des zivilen Ungehorsams. Lützerath muss bleiben, der Kohlewahnsinn muss gestoppt werden. Denn wenn Lützerath fällt, fällt nicht nur die 1,5-Grad-Grenze.“

Daher ruft ein breites Bündnis für den 23. April zu einer [Großdemonstration](#) am Tagebau auf, an der sich auch Attac-Aktive beteiligen. Am 23. und 24. April geht zudem das von Attac, den kritischen Aktionär*innen und anderen Gruppen ausgerichtete [RWE-Tribunal](#) in Düsseldorf in die dritte Runde: Im Zentrum stehen dieses Mal die Verfilzung von RWE mit der Landespolitik und den Behörden Nordrhein-Westfalens sowie die Beteiligung von RWE an Atomkraft-Anlagen. Unter den Zeug*innen und Sachverständigen sind unter anderem der Träger des Alternativen Nobelpreises 2021, Vladimir Sliviyak, sowie die Wissenschaftler*innen Volker und Cornelia Quaschnig.

Mitmachen bei Attac Hamburg

Monatsplenum: Mittwoch, 27. April 2022, 19.15 Uhr, voraussichtlich im Seminarraum der Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, alternativ als Videokonferenz. Interessierte melden sich bitte per E-Mail an hamburg@attac.de

+++++

Veranstaltungen anderer Organisationen

Donnerstag, 7. April 2022

„Alleintäter Russland“?

Eskalation oder Rückkehr zur Entspannungspolitik?

Mit Prof. Bernd Greiner, Historiker

Einladung

Damit es keinen Zweifel geben kann: Die militärische Intervention der Russischen Föderation in die Ukraine ist nicht akzeptabel. Es handelt sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der nicht zu rechtfertigen ist. Aber ist es deswegen sinnvoll, sich die Strategie „des Westens“, also der Nato und insbesondere der USA der letzten Jahre nicht anzusehen? Und zu prüfen, ob der Vorwurf berechtigt ist, deren Politik habe zur Verschärfung der Konfrontation in Europa beigetragen. Dabei geht es nicht um eine Relativierung der Verantwortung der russischen Führung. Was aber hat dazu geführt, dass die jahrelange, bemerkenswert konstruktive Kooperation von Nato und Russland beendet wurde? Welche Strategiewechsel trugen dazu bei, erfolgreiche Mechanismen der Entspannungspolitik aufzugeben? Eine Blick auf die Vorgeschichte des Krieges könnte auch deshalb lohnen, um für eine friedliche Perspektive für die Zeit nach dem Krieg zu lernen. Denn die muss zweifellos das Ziel sein.

[Weiterlesen](#)

Onlineveranstaltung

Zeit: 19 bis 21 Uhr

Um Anmeldung wird gebeten: anmeldung@rls-hamburg.de. Die Zugangsdaten werden am Tag der Veranstaltung per E-Mail verschickt.

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg

Freitag, 8. April 2022

„Keine Aufstiegs-geschichte: Warum Armut psychisch krank macht“

Lesung und Buchvorstellung mit Olivier David

Einladung

Mehr als jedes 5. Kind wächst in Deutschland in Armut auf. Olivier David war eines von ihnen. Seine Kindheit und Jugend in Hamburg war geprägt von Sorgen und Gewalt. Die alleinerziehende, überforderte, psychisch kranke Mutter, gab sich zwar Mühe, ihren Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen. Doch die Familie war arm, die Möglichkeiten begrenzt.

Nun, als Erwachsener, hat Olivier David sein Buch „Keine Aufstiegs-geschichte: Warum Armut psychisch krank macht“ vorgelegt. Er schildert dort seine Kindheit und Jugend, und beschreibt, wie er in einem langen Prozess herausfand, wie eng diese mit seinen psychischen Erkrankungen zusammenhängen. Dabei schildert er teils drastische Erfahrungen, die aber den Alltag vieler Menschen in Deutschland prägen.

[Weiterlesen](#)

Zeit: 18 bis 19.30 Uhr

Ort: Zinnschmelze, Maurienstraße 19, 22305 Hamburg

Um Anmeldung wird gebeten über die Schaltfläche auf der Website

Eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Filmseminar gegen Austerität der Gruppe International solidarisch - Schluss mit Austerität

Mittwoch, 13. April 2022

Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben

Spielfilm, Regie: Stanley Kubrick, USA 1964, 93 Minuten

Einladung

Russland die Inkarnation des Bösen und der Verbund des NATO-verteidigten Abendlands die Wiege holdester Unschuld, wo Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Milch und Honig fließen? Dieses plump-ideologische, urzeitlich-primitive Feindbilddenken hat die Menschheit bereits mehrfach an den Rand der Auslöschung gebracht. Gerade in deutschen Landen sollte die Geschichte zweier ursächlich verbrochener Weltkriege und der brandgefährlichen Frontstellung im Kalten Krieg Besseres gelehrt haben. In Zeiten des mehr als 20-fachen nuklearen Overkills gibt es keine Alternative zu

Entspannungspolitik, Diplomatie, ziviler Konfliktlösung, radikaler Abrüstung und kooperativer Entwicklung auf allen Ebenen.

Urheber dieser mühsam errungenen, zivilisationsgeschichtlichen Fundamental-Erkenntnis waren u.a. die Geschehnisse rund um die sog. Kuba-Krise im Jahre 1962. Nirgends ist sie – mit all ihren Voraussetzungen – künstlerisch so eingängig verdichtet wie in der beißenden Filmsatire Stanley Kubricks.

Der von antikommunistischen Wahnvorstellungen besessene Luftwaffengeneral Jack D. Ripper (angelehnt an den realen General Thomas S. Power) nutzt die in den paranoiden Abschreckungsplänen der USA für den atomaren Verteidigungsfall vorgesehenen Sonderbefehlsstrukturen und fingiert einen sowjetischen Angriff, um seinerseits der von ihm kommandierten Bomberstaffel den nuklearen Angriff auf ihre 32 Primärziele in Russland zu befehlen. Da der Notfallplan vorsieht, dass der Angriffsbefehl nur von Ripper selbst rückgängig gemacht werden kann, ist Präsident Muffley (in einer von drei Hauptrollen unnachahmlich: Peter Sellers) gezwungen, den Notfallkrisenstab einzuberufen, um einen Ausweg aus der drohenden Katastrophe zu beratschlagen.

[Weiterlesen](#)

Zeit: 20 bis 23.30 Uhr

Ort: Universität Hamburg, Anna-Siemsen-Hörsaal, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg

Nernstweg 32–34, 22765 Hamburg – <https://attac.hamburg> – E-Mail: hamburg@attac.de

Hinweis: Die Mailingliste Attac Hamburg dient ausschließlich der Versendung des Newsletters und weiterer Informationen von Attac Hamburg, ist also nicht für Diskussionen gedacht. Auch Anfragen können dort nicht bearbeitet werden. Nachrichten für Attac Hamburg sind deshalb an die oben genannte E-Mail-Adresse zu schicken.